



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/73 - 27.3.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Zum deutschen Wehrbeitrag	S. 1
Die Unruhen in Italien	S. 3
Schlußausverkauf des Rechtsradikalismus	S. 5
<u>Anhang:</u> Ollenhauer zur westlichen Antwortnote	

Unser Nein -

Fragen des deutschen Verteidigungsbeitrages in Einzeldarstellungen

Von Fritz Erler, MdB

VI. Die Arme des Kanzlers

Am 9. März 1952 schreibt Drew Middleton in der "New York Times": "Die Bewaffnung Deutschlands wird aber keine wirkliche Verstärkung für Westeuropa bedeuten, wenn sie im Bundestag nur mit einer Mehrheit durchkommt, die durch 20 oder 30 Stimmen von obskuren Parteimitläufern erreicht wurde". Damit ist ohne Rücksicht auf die Verfassungsmäßigkeit politisch das Urteil über die Politik des Kanzlers gefällt, der eisern versichert, er würde den Verteidigungsbeitrag auch mit einfacher Mehrheit gegen den erklärten Willen der Mehrheit des deutschen Volkes durchsetzen.

Die Bundesregierung tut alles, um vollendete Tatsachen zu schaffen, obwohl selbst die von den Regierungsparteien gestellten Bedingungen in allen wesentlichen Punkten unerfüllt sind. Es soll sich um einen freiwilligen Zusammenschluß gleichberechtigter Partner handeln: In Wahrheit wird Deutschland die Entscheidung aufgezwungen mit der Drohung, sonst das Besatzungsregime nicht zu erleichtern. Dem politischen Schicksal der Saar soll nicht vorgegriffen werden: Inzwischen hat Frankreich

versichert, daß selbst eine europäisierte Saar politisch von Deutschland getrennt, aber wirtschaftlich mit Frankreich verbunden bleiben müsse.

Der finanzielle Beitrag soll allen Partnern nach gleichen Maßstäben auferlegt werden, wobei die Lasten Deutschlands für die Heimatvertriebenen und Berlin zu berücksichtigen seien: Die "drei Weisen" haben Deutschland nicht nach den gleichen Maßstäben behandelt; die Zahl der Vertriebenen ist, da es sich um Arbeitskräfte handelt, zur Erhöhung der Verteidigungslast herangezogen worden und die Berlinhilfe im wesentlichen nicht als Verteidigungsbeitrag anerkannt. Und trotzdem will der Finanzminister zahlen! Die unter der Beschuldigung des Kriegsverbrechens inhaftierten Deutschen sollten freigelassen werden: Inzwischen hat sich der Kanzler damit abgefunden, daß Entscheidungen über die im Ausland Festgehaltenen - und das sind die meisten - praktisch nur von der Regierung des Gewahrsamslandes gefällt werden. Den alliierten Truppen sollen keine Sonderrechte bleiben: Der Truppenvertrag wird ihnen in Wahrheit ein ganzes Bündel bescheren. Angeblich will man die Versteinerung von Besatzungsrecht nicht hinnehmen und den Alliierten keine Eingriffsrechte in deutsche Angelegenheiten gewähren: Dabei weiß jeder, daß die Entflechtungsgesetze, die Währungsgesetze und viele andere alliierte Bestimmungen durch den Generalvertrag fest zementiert werden. Der Fall Kemritz zeigt, welche Eingriffsrechte die Alliierten behalten wollen. Auf außenpolitischem Gebiet wird die Bundesrepublik nur auf einer Luage atmen dürfen, weil ihr auch weiterhin diplomatische Beziehungen nach dem Osten versagt bleiben sollen, obgleich die anderen Partner der westlichen Welt alle derartigen Beziehungen unterhalten.

Der Bundestag wendet sich gegen einseitige Beschränkungen von Produktion und Forschung. In Wahrheit werden die kommenden Verträge eine ganze Reihe solcher Beschränkungen nur für Deutschland bringen. Unter diesem Titel wird es weiterhin Industriespionage der Konkurrenz in Deutschland geben, ohne Gegenseitigkeit. Man will Revisionsmöglichkeiten für jeden Vertrag, schließt aber alle diese schwerwiegenden Verträge auf 50 Jahre ab. Berlin soll Teil der Bundesrepublik sein: Die Alliierten haben erklärt, daß sie das

nicht dulden werden.

Ist das nicht der Zusammenbruch einer ganzen Politik? Keinem Parlamentsbeschluß wird entsprochen, und doch verpflichtet sich der Finanzminister zu Milliardenzahlungen, doch wird weiter Ja zum deutschen Wehrbeitrag gesagt, doch nimmt man es hin, daß Eisenhower bereits von der Teilnahme von Deutschen an den Herbstmanövern spricht, doch scheint festzustehen, daß es schon vor der Ratifizierung der Verträge eine ganze Reihe von vorbereitenden Maßnahmen geben soll. Es wird Zeit, daß die Bundesregierung die Karten offen auf den Tisch legt und das Parlament vor alle haushaltsrechtlichen und gesetzgeberischen Konsequenzen ihrer Politik stellt. Die Regierungsmehrheit muß heute schon vor dem Volk die Verantwortung dafür übernehmen, was sie in Wahrheit durch das Dulden der Politik des Kanzlers heraufbeschwört. Sie will Verträge schließen und Verpflichtungen eingehen, denen sich eine kommende deutsche Regierung nicht mehr entziehen können soll. Man will den Nachfolgern eine schwere Hypothek mit auf den Weg geben.

+ + +

Triest als Wahlkampfmittel

v. sch. - Rom, Ende März

In Italien ist wieder einmal um Triest der Teufel los. In dieser heilsumstrittenen Hafenstadt kam es am Jahrestag jener leichtfertigen Erklärung von 1948, durch die sich die Westmächte verpflichteten, für die Rückkehr des gesamten freien Territoriums, also auch der von den Jugoslawen besetzten und verwalteten B-Zone, an Italien einzutreten, zu blutigen Zusammenstößen mit der unter anglo-amerikanischem Oberbefehl stehenden Polizei. Große Kundgebungen in ganz Italien erinnern die Urheber dieses Dokuments an ihre Versprechungen, die Regierung in Rom wird moralisch erpreßt und soll daran gehindert werden, mit Belgrad in direkte Verhandlungen über eine Kompromißlösung einzutreten.

Es ist kein Zufall, daß diese an sich nicht welterschütternden Zwischenfälle sich am Vorabend eines italienischen Wahlkampfes ereignen. Denn das war in Triest offensichtlich der Zweck der Übung. Bereits im vorigen Sommer wurde von Triest aus eine wilde Hetzkampagne in allen italienischen Zeitungen ganz künstlich inszeniert: Demals

dachten nämlich die Drahtzieher, daß die Gemeindevahlen in Südtalien im Herbst stattfinden würden. Als es klar wurde, daß diese Wahlen bis zum Frühjahr 1952 hinausgeschoben werden würden, hörte plötzlich dieser Feldzug auf.

Triest ist nämlich ein ausgezeichnetes Propaganda- und Erpressungsmittel der Faschisten und Kommunisten gegen die Regierung. Mit billigen nationalistischen Schlagworten ist es leicht, sowohl gegen die eigene Regierung wie gegen den Westen Stimmung zu machen. Die Kommunisten, die, solange Tito das gehorsame Werkzeug Moskaus war, am liebsten nicht nur Triest, sondern auch das italienische Monfalcone mit seinen großen Schiffswerften, sowie auch Görz, den Jugoslawen zugeschanzt hätten, weisen sarkastisch darauf hin - leider übrigens in diesem Punkt mit Recht - daß die Erklärung vom 20. März 1948 von den Westmächten nur als antikommunistisches Propagandamittel zur Unterstützung der Regierung de Gasperis vor den allgemeinen Parlamentswahlen abgegeben wurde. Sie verhöhnern die Regierung, die in vier Jahren die Erfüllung des darin enthaltenen Versprechens nicht erreichen konnte. Die "Missinis", also die Neofaschisten, die übrigens in der Grenzstadt Triest besonders laut und aktiv sind, zumal sie durch zahlreiche Flüchtlinge aus den verlorengegangenen Gebieten Dalmatiens und aus der B-Zone verstärkt werden, hauen in die gleiche Kerbe.

Den beiden Extremen gemeinsam, wenn auch zum Teil aus verschiedenen Motiven, ist das Bestreben, jede direkte Verständigung zwischen Rom und Belgrad zu verhindern. Und das ist ihnen bisher glänzend gelungen: Denn in dieser nationalen Frage wagt es keine italienische Regierung, ja keine politische Partei (einschließlich übrigens der Sozialdemokraten) gegen den Strom zu schwimmen. Unter vier Augen geben alle verantwortlichen Politiker hier zu, daß das Fortwährende Pochen auf den Buchstaben der Deklaration vom 20. März 1948 eine sterile und aussichtslose Taktik ist und daß ihre Verwirklichung nur durch einen siegreichen Krieg gegen Jugoslawien zu erreichen wäre. Aber öffentlich wird sich keine Gruppe und keine Partei dazu bekennen können aus Angst vor der nationalistischen Stimmungsmache.

So haben die Westalliierten mit ihrem Versprechen vor vier Jahren, das übrigens in Wirklichkeit auf den Wahlausgang vom 18. April 1948 nur geringen Einfluß hatte, der italienischen Demokratie ein Danaergeschenk gemacht. Heute noch, und wer weiß auf wie lange, wird es nur ein Hindernis für eine vernünftige Lösung des Triester Problems bilden und den Gegnern der italienischen Demokratie rechts und links ein chronisches Agitationsmittel liefern.

Saison-Schlußausverkauf des Rechtsradikalismus

Mit dem Übertritt des auf der Liste der Notgemeinschaft gewählten unabhängigen Bundestagsabgeordneten Ott zur Deutschen Partei hat sich die Fraktionsstärke dieser Partei auf 26 erhöht. Mit 17 Mandaten hielt die DP 1949 ihren Einzug in den Bundestag. Ein Mitglied, der durch seine antisemitischen Äußerungen unrühmlich bekannte Hedler, wurde seinerzeit aus der Fraktion ausgeschlossen. Dieser Mann schien damals selbst der DP nicht mehr tragbar; vielleicht spielte bei dem Ausschluß noch eine Rücksichtnahme auf die Koalitionspartner eine Rolle.

Seitdem ist die Partei der "Konservativen Revolutionäre" großzügiger geworden. Sie nimmt es nicht mehr so genau. Weit öffnet sie ihr Herz allen, die zu ihr stoßen wollen. Seit über allen Rechts-Organisationen das Damokles-Schwert der Verfassungswidrigkeit schwebt, suchen und finden deren parlamentarische Vertreter Unterschlupf bei der Partei des Herrn Hellwege, die nur zu froh ist, auf diese Weise ihren parlamentarischen Anhang verstärken zu können. Abgeordneter Leuchtgens kam auf dem Umweg über die Notgemeinschaft und die SRP zur DP. Der auf der Liste der "Deutschen Reichspartei" gewählte Abgeordnete Heinz Frommhold, aus Alfeld (Niedersachsen) soll sich demnächst anschließen. Der Hauptzug machte die Deutsche Partei mit dem Übertritt von sieben WAV-Abgeordneten (Wirtschaftliche Aufbauvereinigung), die sich in Bayern als DP Bayerns firmierten. Nur Rössler-Richter, über den man in Bonn vor seiner Verhaftung munkelte, auch er habe Anschlußabsichten, war vom Pech verfolgt; statt in einer größeren Fraktion landete er in einer Gefängniszelle.

Auch die FDP übt auf den Rechtsradikalismus eine große Anziehungskraft aus. Nach dem Übertritt von Miessner soll nun auch der letzte Überlebende der DRP (Deutsche Reichspartei), der Abgeordnete von Thadden, zur FDP hinüberwechseln. So bleibt von den Abgeordneten der deutschen Rechtsradikalen, die noch keine Heimat bei den Regierungsparteien gefunden haben, neben Dorls und Hedler, die Nachfolgerin des verhafteten Rössler-Richter, Hausfrau Elfriede Jäger übrig; sie müssen sich noch mit der Fraktionslosigkeit begnügen. Wie lange noch?

Die Verschiebung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Regierungskoalition wird auch gewisse Folgen für die Besetzung der verschiedenen Ausschüsse haben. Die DP verlangt aufgrund ihrer Stärke die Vertretung in allen Parlaments-Ausschüssen, was einen internen Familienstreit mit der FDP hervorrufen dürfte, die das Opfer dieser Umgruppierungen sein wird.

Die Regierungs-Koalition ist um die recht fragwürdige Verstärkung ihrer Reihen wahrlich nicht zu beneiden. Mit dieser Mehrheit will der Bundeskanzler so schicksalsschwere Entscheidungen, wie es der Abschluß des Generalvertrages und der deutsche Wehrbeitrag sind, durchsetzen... "Die Europa-Politik" des Bundeskanzlers stützt sich u.a. auf Kräfte, die in keinem Treueverhältnis zur Demokratie stehen. Wer denkt dabei nicht an das Sprichwort: Sage mir, mit wem Du gehst, und ich sage Dir, wer Du bist?

-or

Verantwortlich: Peter Raunau